



Agenda 2011-2012

Zukunft ist da, wo wir sind



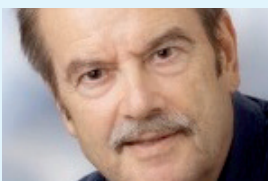
Dieter Neumann, Lehrte, Autor, freier Journalist, Mitglied im Verband Deutscher Pressejournalisten, gründet im Mai 2010 Agenda 2011-2012, eine Initiative von Bürgern für Bürger. Das Ziel ist, eine angemessene Beteiligung aller Gesellschaftsschichten an den Staatskosten zu erreichen.

Agenda 2011-2012 engagiert sich in erheblichem Umfang in der Gesellschaft. Ein Ausdruck dieses Engagements sind die vielfältigen Aktivitäten in Information, Aufklärung und Gestaltung des politischen Lebens. Sie trägt mit ihrer Arbeit in besonderem Maße zur Sanierung des Staatshaushaltes und der Rückführung der Staatschulden bei.

Ziel aller Aktivitäten ist, Menschen aus der Armut zu helfen, den Mittelstand zu stärken, Möglichkeiten für eine bessere Ausbildung zu erlangen, Talente zu fördern und aus der Arbeit nachhaltige Impulse für die Gesellschaft zu geben. Staats- und Regierungschefs haben bisher keine Antworten darauf, wie die globalen Krisen gelöst werden können, weitere Krisen folgen. Hätten Sie Antworten, gäbe es keine Krisen.

Agenda 2011-2012 hat Antworten auf die vielen kleinen großen Probleme und Aufgaben. Es wird dazu ein plausibles und beispielloses Konzept einer Staatssanierung angeboten, das unweigerlich zur Lösung der Krisen beiträgt. Über 10 Millionen Mal wurden unsere Berichte statistisch von Usern aufgerufen, gelesen und heruntergeladen. Das Gründungsprotokoll ist als Sachbuch erschienen und in der Staatsbibliothek hinterlegt.

Dieter Neumann



Liebe Leserin, lieber Leser,

am Mai 2010 wurde die Initiative Agenda 2011-2012 gegründet. Das Gründungsprotokoll ist als Sachbuch erschienen und in der Staatsbibliothek hinterlegt. Seit dieser Zeit haben User über 10 Millionen Mal unsere Berichte statistisch aufgerufen, gelesen und heruntergeladen. In der Literatur, im Internet und bei Experten findet man keine Hinweise, die Aufschluss geben, wie die globale Krise überwunden werden kann. Das war Ansporn und Verpflichtung genug, ein Sanierungskonzept zu erarbeiten, das mit einem aktuellen Finanzrahmen von über 275 Milliarden Euro für ausgeglichen Haushalte und Rückführung der Staatsschulden steht. Agenda 2011-2012 ist unabhängig, neutral in ihren Vorträgen. Der Wahrheitsgehalt der Berichtserstattung basiert auf Statistiken des Statistischen Bundesamtes, Eurostat, Statista und der direkten Ansprache von Institutionen.

Wir laden Sie zu einem Vortrag ein, der Wege beschreibt, wie die globale Krise gemeinsam überwunden werden kann. Während sich Unternehmen seit Anfang der 1970er Jahre stark an Risikominimierung, Gewinnmaximierung, Rationalisierung, Synergieeffekten und Zukunftsstrategien orientierten, sind diese Tugenden Politikern weitgehend fremd. Sie sehen die Zukunft in Legislaturperioden und nicht in den Ansprüchen zukünftiger Generationen. Wie ist es sonst zu erklären, dass viele Entwicklungen im Staat nicht von Bürgern getragen werden.

Protokoll einer Staatssanierung Wege aus der Krise

42,6 Millionen Beschäftigte erhielten 2014 durchschnittlich Bruttolöhne und -gehälter in Höhe von 2.645 Euro oder netto 1.761 Euro (Abzüge 884 Euro = 50%). Sie zahlen 54 Euro Mehrwertsteuer pro Monat. Jeder Autofahrer zahlt statistisch durchschnittlich pro Jahr 645 Euro Energiesteuern oder 52 Euro pro Monat. Hinzu kommen Steuern von 13. Mrd. Euro für den Soli und 10 Mrd. Euro Einkommensverluste durch die kalte Progression.

Arbeitnehmer zahlen in die Sozialsysteme pro Jahr 10 Mrd. Euro mehr ein als Arbeitgeber. Aus den letzten 3 Positionen ergeben sich Belastungen von 35 Euro pro Arbeitnehmer. Somit verbleiben noch 1.587 Euro in der Haushaltskasse. Das ist mit ein Grund, warum in Deutschland „nur“ 55,2 Prozent in die Binnennachfrage fließen und in den USA 70 Prozent - wegen niedrigerer Kosten dort.

Bei unseren Handelspartnern ist die Situation wesentlich schlechter. Die USA, Japan und EU-Staaten sind mit rund 18,5 Billionen Euro überschuldet und verfügen über wesentlich schlechtere Rahmenbedingungen. Ob Staats- und Regierungschefs, Wirtschaftswissenschaftler, Ökonomen, Wirtschaftsweisen, Politiker und Experten, sie haben keine Vorstellungen, wie die Krise überwunden werden kann. Hätten sie welche, gäbe es keine Krise. Jean-Claude Juncker, dienstältester Regierungschef eines EU-Landes, Präsident der Europäischen Union, schließt sich dem an. Sein Statement: „Wir befinden uns mitten in der Krise, weitere Krisen werden folgen.“

Minimalforderungen:

Gesetzlicher Mindestlohn ab 2017 pro Stunde 9,50 Euro.

Grundrente 950 Euro, Eheleute je 650 Euro. In den Niederlanden erhält jeder Rentner 1.050 Euro, Eheleute je 746 Euro, ob sie gearbeitet haben oder nicht.

Kinder-Grundsicherung 500 Euro dürfte bei durchschnittlich 1,4 Kindern nicht das Problem sein.

Es gibt rund 6,3 Mio. Menschen ohne Job die Regelsatz Leistungen in Anspruch nehmen. Es wird für eine Anpassung an die Armutsgrenze von 979 Euro gestimmt.

Lohnsteuerreform: 10 bis 30 Prozent Steuern bis zum Spitzensteuersatz von 60.000 Euro, ab 60.001 Euro bis 150.000 Euro 40 Prozent ab 150.001 Euro 50 Prozent.

Eine deutliche Belebung des sozialen Wohnungsbaus der fast zum Erliegen gekommen ist.

Wiedereinführung der ausgesetzten Vermögensteuer.

Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer

Erbschaftsteuer von 1,5 auf 5 Prozent erhöhen.

Einführung einer Finanztransaktionssteuer (lt. Schäuble 40 Mrd. Euro pro Jahr).

Unternehmen, die keinen Euro Mehrwertsteuern zahlen, sollten mit 1 Prozent an der MWST beteiligt werden, das wären Mehreinnahmen von über 40 Milliarden Euro pro Jahr

Folge Agenda 2011-2012 zu 30 Schwerpunktthemen mit einem Finanzrahmen von 275 Mrd. Euro Berichten zur Lösung der Probleme und Überwindung der Krise.



In der globalen Krise wird verdrängt, dass die vielschichtigen Probleme hausgemacht sind. Ausdruck dieser Resignation zeigt sich im Ausspruch, „der Graben zwischen Armen und Reichen wird immer tiefer“. Das liegt u.a. daran, dass eine Minderheit der Bürger ein Privatvermögen von über 12 Billionen Euro besitzt und darauf keinen Cent Steuern zahlt. Auf der anderen Seite 13 Millionen Arme, darunter 2,5 Mio. arme Kinder, denen eine Anpassung ihrer niedrigen Bezügen an die Armutsgrenze von netto 979 Euro verweigert wird.

Gleichrangig zu bewerten ist die Aussage, dass auch zwischen Staatsausgaben und Staatseinnahmen der Graben immer tiefer wird. Seit 45 Jahren sind die Ausgaben Deutschlands um 1.280 Mrd. Euro höher als die Einnahmen, was Zinsen von 764 Mrd. Euro zur Folge hat. Deutschland hat ein Staatsdefizit von 2.045 Mrd. Euro und ist nach der Maastricht-Schuldenobergrenze mit rund 320 Mrd. Euro überschuldet. Infolge einer restriktiven Haushaltspolitik ist ein Investitionsstau von rund 320 Mrd. Euro entstanden. Dem gesamten Komplex stehen Einnahmen des Bundeshaushalts von 265 Mrd. Euro gegenüber. Jeder Bürger trägt Staatsschulden von 26.500 Euro.

Deutschland hat sich zum Niedriglohn- und Niedrigrentenland Nummer eins in der EU entwickelt. 17,45 Millionen Beschäftigte beziehen Stundenlöhne unter 5, 6, 7, 8 und 8,50 Euro. 4 Millionen Rentner erhalten Bruttorenten von unter 500 Euro und 5,5 Mio. Rentner Bruttorenten unter 700 Euro. Das deutsche Steuersystem ist in den vergangenen Jahren immer ungerechter geworden. Während insbesondere Vermögende und Unternehmen entlastet wurden, müssen Arbeitnehmer immer mehr zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beitragen.

Vortrag **Wege aus der Krise**, am Samstag, den 5. März 2016.
Stadtwerke Lehrte, Germaniastraße 5, 31275 Lehrte, Eintritt – frei.
Beginn 10 Uhr – Dauer 2 Stunden – Herzlich willkommen

Die Menschen sind aufgrund dieser Entwicklung politikverdrossen und politikmüde. Sie resignieren, weil sie sowieso nichts ändern können. An den letzten 3 Landtagswahlen nahmen 50 Prozent der Wähler nicht teil. Das liegt auch am großen Vertrauensverlust gegenüber Politikern, Unternehmern, Behörden und Institutionen. Alarmierend ist die Aussage eines ehemaligen Bundesrichters, der davon spricht, dass die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit so tief wie nie zuvor ist.

Bisher gingen Experten davon aus, dass bis 2040 in Deutschland rund 15 Millionen qualifizierte Beschäftigte aus dem Ausland benötigt werden. Und nun der Super-GAU, bis 2040 werde laut Zukunftsforscher und Unternehmer (Arbeit 4.0) rund 18 Millionen Arbeitsplätze wegbrechen. Darüber wird der Mantel des Schweigens ausgebreitet. Agenda 2011-2012 bietet auch dafür progressive Lösungsvorschläge an. Donald Trump, erzkonservativer, selbst ernannter Präsidentschaftskandidat der Republikaner, zeigt wofür Konservative stehen.

Sie wollen keine Gewerkschaften, keinen gesetzlichen Mindestlohn, keine Steuerrhöhungen für sich, keine Steuersenkungen für Beschäftigte. Sie wollen nicht in Sozialsysteme investieren, sie wollen jeden Dollar oder Euro (TTIP) in die eigenen Taschen stecken. Profit ist ihre Lebensmaxime! So sind sie, die Konservativen, ob im englischen Parlament, in Frankreich oder Deutschland, die internationalen Konservativen, Reichen und Multimilliardäre wollen es so. Da scheint kein Platz mehr für eine individuelle sich redlich durchs Leben schlagende Zivilgesellschaft.

Agenda 2011-2012 ist mehr als 6 Jahre Programm mit hohen Zielen und Ansprüchen. Sie zeigt Ihnen, wie die Krise überwunden werden kann. Es ist eine neue Bewegung, die um Unterstützung wirbt.

Dieter Neumann